



Ausschuß für Schule und Weiterbildung

38. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.10 Uhr

Vorsitz: Hans Frey (SPD) (stellv.)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)**

1

Drucksache 12/3300

Vorlagen 12/2258 und 12/2259

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und
Forschung
hier: Bereich Schule und Weiterbildung

in Verbindung damit

Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3302

- Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

- 2 Untersuchungsauftrag zur Bewertung von rund 3 000 Abiturarbeiten 2**

An den Bericht der Ministerin Gabriele Behler schließt sich eine Aussprache an.

- 3 Landeslehrer-Entsendeprogramm nach Mittelsüdost-Europa
(MOE/GUS) 8**

- Bericht der Ministerin Gabriele Behler, kurze Aussprache.

- 4 Gegen das Vergessen - die Landespolitik unterstützt die Arbeit der
Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen 10**

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3134
Vorlage 12/2290

- Diskussion.

- 5 Stand der Umsetzung der KMK-Beschlüsse von Konstanz 1997 20**

An einen Bericht des Staatssekretärs Dr. Meyer-Hesemann
(Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und
Forschung) schließt sich eine Aussprache an.

- 6 Konzeption der neuen Schulleiterfortbildung 24**

- Aussprache.

- 7 Medienerziehung als Bildungsauftrag ernst nehmen - Aktionsprogramm
für neue Medien in unseren Schulen starten! 26**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3259

- Diskussion.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der stellvertretende Vorsitzende Hans Frey mit, daß Kollege Meyers nicht anwesend sein könne, weil er einen privaten Termin wahrnehmen müsse.

Sodann verweist er auf einen Brief der Ministerin Behler, in dem es um ein technisches Versehen, bezogen auf die Ausbildungsordnung für die Sekundarstufe I, die letztes Mal beschlossen worden sei, gehe. In § 25 Abs. 1 Satz 2 und § 26 Abs. 2 sei bei der Aufzählung der Fächer das Fach Textilgestaltung nicht enthalten gewesen.

Die Ministerin bitte den Ausschuß für Schule und Weiterbildung, die Ergänzung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung nimmt dies ohne Einwendungen zur Kenntnis.

Des weiteren wird von den Fraktionssprechern bemängelt, daß die Einladungen zu der Sitzung den Abgeordneten nicht beziehungsweise zu spät zugesandt worden seien. Der stellvertretende Vorsitzende, Hans Frey, bittet das Ausschußsekretariat, der Ursache nachzugehen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Drucksache 12/3300
Vorlagen 12/2258 und 12/2259

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und
Forschung
hier: Bereich Schule und Weiterbildung

in Verbindung damit

Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3302

Bernhard Recker (CDU) macht darauf aufmerksam, daß seine Fraktion aufgrund des zeitlichen Ablaufes - der Einzelplan habe erst einige Tage vor den Ferien vorgelegen - keine Gelegenheit gehabt habe, sich damit auseinanderzusetzen. Seine Fraktion stehe in der Beratung und könne noch keine Stellungnahme abgeben. Zu Anträgen und Entscheidungen könne es erst in der nächsten Sitzung kommen.

Manfred Degen (SPD) erklärt, seine Fraktion sei von den gleichen Mißhelligkeiten erwischt worden.

Er schlage vor, nach einem Verfahren zu suchen, um die Tagesordnung besser abzustimmen.

Die SPD-Fraktion sei ebenfalls in der Beratung und könne sich heute nicht zu dem Einzelplan äußern.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) erkundigt sich, warum in Drucksache 12/3302 auf Seite 39 viele Positionen mit X ausgebracht worden seien. Ihn interessiere, ob es dazu noch Erläuterungen gebe.

Leitender Ministerialrat Dr. Bröcker (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung) hält fest, es sei übliches Verfahren, daß bei der Bemessung des Schüleransatzes im Rahmen des GFG Strichansätze eingeführt würden, bis die neuen statistischen Nachweise vorlägen. Das wiederhole sich jedes Jahr.

Die aktuellen Schülerzahlen würden nachgeliefert.

2 Untersuchungsauftrag zur Bewertung von rund 3 000 Abiturarbeiten

Die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler, trägt vor:

Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Absicht, bewertete Abiturarbeiten in ihrer Bewertung zu überprüfen, hat in der Öffentlichkeit großen Widerhall gefunden - überwiegend Zustimmung. Ich betrachte das als ein Zeichen dafür, daß der eingeschlagene Weg zur systematischen Qualitätssicherung richtig ist.

Ich will vorab auch den Anhängern des Zentralabiturs sagen, daß aus meiner Sicht bei der öffentlichen Diskussion häufig zwei Dinge miteinander vermischt werden, die wir sorgfältig auseinanderhalten sollten. Denn nicht die zentrale Aufgabenstellung - um die geht es beim Abitur - ist entscheidend, sondern ein vergleichbares und eben anspruchvolles Ergebnis. Das hängt nicht davon ab, ob die Aufgabenstellung selbst zentral oder in fünf Bezirksregierungen korrigiert wird.